

NEW



'S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

No. 1

Juli 2004

Editorial:

Die „Null-Nummer“ der „FIR-News“ ist mit großem Interesse in den Mitgliedsorganisationen zur Kenntnis genommen worden. Ein deutliches Indiz: Für diese neue Nummer der „FIR – News“ haben wir mehr Informationen aus den Mitgliedsverbänden erhalten, als wir es erwarten konnten. Obwohl diese Ausgabe bereits auf 12 Seiten erweitert wurde, mussten einige Beiträge gekürzt werden. Wir bitten die Kameraden um Verständnis. Es zeigt aber, dass unsere Arbeit eine deutlich größere Resonanz hat, als wir es erhofft haben.

Zur Vorbereitung der Diskussion auf dem FIR-Kongress liegt dieser Ausgabe der Entwurf des neuen Statuts als Supplement bei.

Einladung zum ordentlichen Kongress der FIR

Um den Prozess der Reorganisation der FIR auch statutarisch angemessen zum Abschluss zu bringen, ist es notwendig, die gemeinsam gewollten Veränderungen durch einen Kongress diskutieren und beschließen zu lassen. Zu einem solchen Kongress muss laut Satzung mindestens drei Monate im Voraus eingeladen werden.

Daher möchte ich alle Mitgliedsverbände mit diesem Bulletin fristgerecht einladen zum
Ordentlichen Kongress der FIR.

Er findet im **November 2004 in Berlin** (Deutschland) statt.

Als **vorläufige Tagesordnung** sind folgende Punkte vorgesehen:

- Aufnahmeanträge
- Bericht über den Prozess der Reorganisation
- Diskussion und Beschlussfassung über die neue Satzung
- Finanzbericht und Beschlussfassung einer neuen Finanzordnung
- Politische Erklärungen
- Wahlen
- Verschiedenes

Nach den bisherigen Planungen wird der **eigentliche Beratungstag am Samstag, den 13. November 2004** stattfinden. Die Anreise erfolgt am Freitag, den 12. November, die Abreise erfolgt am 14. oder 15. November.

Details der Ablaufplanung gehen den Mitgliedsverbänden mit einer separaten Einladung zu. Reisekosten und Unterbringung gehen zu Lasten der nationalen Mitgliedsverbände.

Es wird eine Tagungspauschale erhoben.

Nur diejenigen Verbände sind stimmberechtigt, die einen Mitgliedsbeitrag für die Jahre 2003 und 2004 gezahlt haben.

Schwur von '45 bleibt aktuell –

Berlin: Empfang der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer zum Tag der Befreiung

Zum ersten »politischen Empfang« seit dem zu Jahresbeginn erfolgten Umzug von Wien nach Berlin lud die Fédération Internationale des Résistants (FIR) am Sonnabend in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Wie der im Herbst 2003 neugewählte Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, Ulrich Schneider, einleitend versicherte, habe man dieses Datum des 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus, ganz bewusst gewählt.

Neben dem Angehörigen der französischen Résistance Peter Gingold und dem ehemaligen Spanienkämpfer Kurt Julius Goldstein war auch die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano, die zuvor ihr Buch »Wir leben trotzdem« vorgestellt hatte, der Einladung gefolgt. Begrüßt wurden Vertreter der polnischen Botschaft sowie der nationalen FIR- Mitgliedsorganisationen aus Ungarn und den Niederlanden und nicht zuletzt das Gros der Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) um Cornelia Kerth und Heinrich Fink.

Bezugnehmend auf den Tag der Befreiung, den er selbst noch, vier Wochen nach der Selbstbefreiung, im KZ Buchenwald erlebt hatte, erinnerte Kurt Goldstein an den historischen Schwur der Häftlinge, der gewissermaßen auch die gesamte Tätigkeit der Föderation prägte: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Eine bessere Welt ist unser Ziel!« Der langjährige Sekretär der FIR resümierte noch einmal wichtige Stationen, Appelle und Initiativen der 1951 von nationalen Widerstandsverbänden aus 13 Ländern Europas gegründeten Organisation. Allerdings sei die Aufgabe, Kriege für immer aus dem Leben

der Menschheit zu verbannen und den Faschismus mit allen seinen Wurzeln auszurotten, immer noch aktuell, seine Generation müsse sie an die Nachgeborenen delegieren.

Anschließend bekräftigte Ulrich Schneider das Hauptanliegen der Föderation, mit der Kraft der historischen Erfahrungen weiterhin gegen die Ursachen von Krieg und Gewalt zu kämpfen und dafür zu wirken, dass Konflikte mit nichtmilitärischen Mitteln ausgetragen werden. Der Appell der »Buchenwalder« bleibe die Hauptlosung – umso mehr, als in vielen Ländern Europas Erscheinungen von Antisemitismus, Rassenhass und Neofaschismus damit einhergingen, KZ-Gedenkstätten in Frage zu stellen oder, wie z.B. im Baltikum geschehen, Nazikollaborateure als »Verteidiger der Freiheit« zu rehabilitieren. Auf der anderen Seite werde antifaschistischer Widerstand durch die Kürzung oder Streichung von Verfolgtenrenten abgewertet. Mit Blick auf den bevorstehenden FIR-Kongress informierte er zugleich über den Entwurf eines neuen Statuts der Organisation, das im Herbst in Berlin beschlossen werden soll: Die Stafettenübergabe an die nachgeborenen Generationen sei inzwischen weitgehend Konsens, denn nur dann habe die FIR eine Zukunft.

Namens ihrer Verbände sicherten Vilmos Hanti von der ungarischen MEAZ und Joop Smit für die niederländische AFVN ihre Unterstützung bei diesem Vorhaben zu. Auf die Frage, ob antifaschistischer Widerstand nach sechs Jahrzehnten auch in ihren Ländern noch ein Thema sei, könne es nur eine Antwort geben: Ja!

Aus: Junge Welt vom 10.05.2004 (Peter Rau)

Erste Gedanken zu den Ergebnissen der Europa-Wahl

Am 13. Juni fanden in 25 Ländern der erweiterten Europäischen Union die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Auch wenn die FIR in diesem Jahr keinen eigenständigen Aufruf herausgegeben hat, sind unsere Positionen bekannt, so wie wir sie in früheren Jahren bereits formuliert haben. Wenn wir uns vor diesem Hintergrund die Resultate betrachten, dann gibt es einige Ergebnisse, die uns mit Besorgnis erfüllen können.

Das wichtigste Ergebnis ist offenkundig, dass nicht einmal die Hälfte aller Bürger Europa als ein von Ihnen mitzugestaltendes Gebilde begreifen. Besonders problematisch ist die niedrige Wahlbeteiligung in den Beitrittsländern. Offenkundig sehen viele Menschen nicht, welchen Vorteil ihnen dieses Europa bringen könnte. Es bleibt eine Aufgabe der politischen Kräfte im Europäischen Parlament dafür zu sorgen, dass aus einem Europa der Wirtschaft und des freien Handels endlich ein Europa der Menschen und ihrer sozialen Bedürfnisse wird. Freizügigkeit darf sich nicht nur auf Waren und Dienstleistungen beschränken, es muss auch für alle Menschen in der EU gelten.

Stattdessen ist die Orientierung der bisherigen Mehrheit der Europa-Politiker darauf gerichtet, die Europäische Union nach außen weiter abzuschotten und gleichzeitig zu einem militärischen Gegengewicht zur USA aufzubauen – nicht durch eine konsequente Friedenspolitik, sondern durch die Verstärkung der militärischen Strukturen und Empfehlungen für eine

europäische Verfassung, die dieser Tendenz zur Militarisierung Vorschub leistet.

Wenn man die verschiedenen nationalen Wahlergebnisse betrachtet, kann man feststellen, dass bei dieser Wahl viele Menschen Kritik an ihrer nationalen Regierung ausgedrückt haben. In Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal, Tschechien u.a. wurden die Regierungsparteien mit blamablen Ergebnissen bestraft. Gleichzeitig konnten jedoch auch neofaschistische und extrem rechte Parteien Mandate erringen, so dass aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich und anderen Ländern gut zwei Dutzend Vertreter der extremen Rechten im Parlament zu finden sein werden. Dabei stehen Niederlagen der FPÖ (Haider-Partei) Erfolgen anderer Rechtsparteien gegenüber. Wir können uns in dieser Frage also nicht beruhigt zurücklehnen.

Trotz einzelner Niederlagen im nationalen Rahmen ist jedoch auch festzuhalten, dass aus fast allen Ländern Abgeordnete ins Europäische Parlament entsandt wurden, die den politischen Anliegen der ehemaligen Widerstandskämpfer und heutigen Antifaschisten gegenüber offen sind. Es wird darauf ankommen, mit ihnen in Kontakt zu kommen und die Möglichkeiten, die das Europäische Parlament auch bietet, zu nutzen.

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär

FIR im Internet

Seit Jahresanfang ist die Internet-Präsenz der FIR im Netz zugänglich. Noch ist unsere Präsentation eher bescheiden, aber so funktional, dass wichtige Informationen über die Geschichte, aktuelle Meldungen und die statutarischen Grundlagen der FIR abrufbar sind. Zukünftig werden wir auch unser Bulletin als pdf-Datei im Internet bereithalten,

Die Internet-Präsentation ist dreisprachig angelegt - Deutsch, Englisch, Französisch.

Damit sind die Hauptsprachen der Internet - Gemeinde erfasst.

Die Zugriffszahlen sind noch nicht sehr hoch, aber wir können dennoch zufrieden sein, haben sich doch über diese Web-Site einige neue Kontakte ergeben, bzw. haben doch Menschen, die die FIR aus früheren Jahren kannten, erfahren, dass wir auch im 21. Jahrhundert angekommen und aktiv sind.

Die Einbindung der Mitgliedsverbände ist bislang noch unzulänglich. Bislang haben wir nur eine Liste der Mitgliedsverbände abgelegt, deren Adressen über die Geschäftsstelle abgerufen werden kann. In einem nächsten Arbeitsschritt wollen wir diejenigen Verbände, die über einen eigenen Internet-Auftritt verfügen, auf der Liste direkt verlinken.

Daraus ergeben sich folgende Aufgaben: Erstens benötigen wir die jeweils aktuellen Internet-Adressen und mögliche E-Mail-Adressen.

Zweitens bieten wir den nationalen Verbänden an, aktuelle Informationen bzw. Hinweise auf international bedeutende Veranstaltungen unter „Aktuelles“ für ei-

nen Zeitraum auf unserem gemeinsamen Web-Angebot zu präsentieren.

Voraussetzung ist jedoch, dass wir die Meldung in den drei Arbeitssprachen bekommen, ansonsten können wir die Information nur in der jeweiligen Seite aufnehmen, da Übersetzungsarbeiten nicht erledigt werden können.

Insgesamt wird diese Internet-Präsenz mit minimalem finanziellen Aufwand realisiert. Der Administrator arbeitet ehrenamtlich. Wir haben einen preiswerten Anbieter. Man darf also keine „Wunder“ erwarten, dafür aber eine solide Arbeit, die die FIR auch an nachgeborene Generationen mit deren Formen der Kommunikation heranzuführt.

Bekämpfung des Antisemitismus

Auf der 504. Plenumsitzung des ständigen Rates der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im April 2004 wurde nachfolgender Beschluss über die „Bekämpfung des Antisemitismus“ gefasst. Er ist auch für die politische Arbeit der FIR von Bedeutung:

Der Ständige Rat -
in Anbetracht der bevorstehenden OSZE-Konferenz über Antisemitismus in Berlin am 28. und 29. April 2004,
in Bekräftigung der bestehenden Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten betreffend die Bekämpfung des Antisemitismus und zur Verstärkung unserer gemeinsamen Bemühungen um Bekämpfung des Antisemitismus in der gesamten OSZE - Region
beschließt Folgendes:

Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich,
danach zu trachten, dass ihre Rechtsordnung für ein sicheres Umfeld sorgt, in dem alle Lebensbereiche frei von antisemitischen Übergriffen und frei von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung sind;

gegebenenfalls Bildungsprogramme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern;

die Erinnerung an die Tragödie des Holocaust wach zu halten, deren Vermittlung im Unterricht gegebenenfalls zu fördern und sich für die Achtung aller ethnischen und religiösen Gruppen einzusetzen;

gegen Hassdelikte vorzugehen, zu denen durch rassistische, fremdenfeind-

liche und antisemitische Propaganda in den Medien und im Internet angestiftet werden kann;

zu diesbezüglichen Bemühungen internationaler Organisationen und NROs zu ermutigen und diese zu unterstützen;

verlässliche Informationen und Statistiken über antisemitisch motivierte Straftaten und andere Hassdelikte, die in ihrem Hoheitsgebiet begangen werden, zusammenzutragen und auf dem neuesten Stand zu halten, diese Informationen regelmäßig an das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) weiterzuleiten und öffentlich zugänglich zu machen;

sich zu bemühen, das BDIMR mit den entsprechenden Mitteln auszustatten, damit es die Aufgaben aus dem Maastriecher Ministerratsbeschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung erfüllen kann;

mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zusammenzuarbeiten, um Verfahren zur regelmäßigen Prüfung des Problems Antisemitismus zu ermitteln;

zur Entwicklung eines Informationsaustauschs zwischen Experten in geeigneten Foren über bewährte Praktiken und Erfahrungen bei der Strafverfolgung und

bei erzieherischen Maßnahmen zu ermutigen.

Das BDIMR wird beauftragt, in uneingeschränkter Zusammenarbeit mit anderen OSZE - Institutionen sowie mit dem Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (UNCERD), der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) und anderen einschlägigen internationalen Institutionen und NROs antisemitische Vorkommnisse im OSZE - Raum genau zu verfolgen und dafür alle verfügbaren verlässlichen Informationen heranzuziehen;

über seine Erkenntnisse dem Ständigen Rat und dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension Bericht zu erstatten und diese Erkenntnisse zu veröffentlichen. Diese Berichte sollten auch bei Entscheidungen über Prioritäten für die Arbeit der OSZE zu Fragen der Intoleranz berücksichtigt werden;

im gesamten OSZE - Raum Informationen über bewährte Praktiken, die eingesetzt werden, um Antisemitismus zu verhindern und auf ihn zu reagieren, systematisch zu sammeln und zu verbreiten und die Teilnehmerstaaten auf Ersuchen bei ihren Bemühungen im Kampf gegen den Antisemitismus zu beraten.

Erklärung der FIR zur "Olympiade des Friedens" 2004

Der griechische Ausschuss für die internationale Entspannung und den Frieden (E.E.D.Y.E.), und der weltweite Rat des Friedens organisierten in Griechenland vom 1. Januar bis 9. Mai 2004 eine Olympiade des Friedens.

In der Erklärung des Organisationskomitees der Olympiade des Friedens wird betont, dass die Menschheit eine unbeschreibliche Periode der Barbarei durchlebt. Der besorgte Aufschrei der Völker gegen den Krieg, den Hunger, das Elend, die Angriffe, die auf die Rechte der Arbeiter und die demokratischen Rechten insgesamt vollzogen wurden, sowie die generelle Opposition gegen das "Recht des Stärkeren", das der Imperialismus versucht einzuführen, erfordern die Mobilisierung aller demokratischen Fortschrittskräfte, ihre Sammlung und ihre Frontstellung gegen die Kräfte, die durch Terror versuchen, die Träume und das Verlangen der Völker für eine Welt der Gerechtigkeit zu verschließen.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass die olympischen Spiele durch die verantwortlichen Kreise derart in ihrem Charakter verändert wurden, dass das Feld des edlen Wettewerbers verlassen wird und an dessen Stelle die Konkurrenz zwischen den verschiedenen transnationalen Gesellschaften zur Gewinnmaximierung getreten ist.

Das Blut der Völker fließt täglich in Irak, in Palästina und in Afghanistan, während die Regierungen, die dafür verantwortlich

sind, über Frieden sprechen. Man unterschreibt Abkommen "olympischen Waffenstillstandes" und in derselben Zeit webt man Projekte neuer Kriege.

In allen Ländern der Welt handeln jedoch die Völker, halten stand und kämpfen sich auf ihre eigenen Werte und ihre eigene Zivilisation stützend. Die Freundschafts- und Solidaritätsideale zwischen den Völkern sind lebendig und aktuell.

Es ist diese Stimme, die der E.E.D.Y.E. und der weltweite Friedensrat übermitteln will, indem sie in Griechenland die Olympiade des Friedens 2004 organisierten.

Der provisorische leitende Ausschuss der internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der in Budapest am 14. und 15. Februar 2004 zusammengetreten ist, hat festgestellt, dass die Grundsätze der allgemeine Inhalt der Erklärung des Organisationskomitees der Olympiade des Friedens mit den wichtigen Zielsetzungen und den Zielen der FIR übereinstimmen und einstimmig beschlossen, alle Mitgliedsverbände der Widerstandskämpfer, die ihr angegliedert sind, aufzurufen, teilzunehmen und mit ihren Mitteln die politischen, kulturellen und athletischen Veranstaltungen der Olympiade des Friedens zu unterstützen.

Er hat außerdem beschlossen, dass die FIR offiziell mit seiner Delegation an der Zeremonie des Abschlusses des Olympiade des Friedens am 9. Mai 2004 vertreten wird.

Olympischer Waffenstillstand - 2004 Olympische Spiele in Athen.

Der Generalrat unseres Verbands hat in seiner letzten Beratung den Appell des Präsidenten von Griechenland, Herrn Costis Stefanopoulos, für einen weltweiten Waffenstillstand während der Olympischen Spiele dieses Jahres zur Kenntnis genommen und beschlossen, dazu seine volle Unterstützung anzubieten.

Der griechische Präsident hofft, jenen alten Waffenstillstand erneut zu installieren, in welchem die Waffen in allen beteiligten Ländern überall für die Dauer des „olympischen Waffenstillstands“ schweigen – und zwar vom siebten Tag vor der Eröffnung der Spiele bis zum siebten Tag nach ihrer Beendigung.

Die Feueinstellung sollte es Athleten, Artisten und Zuschauern ermöglichen nach Olympia zu reisen, an den Spielen teilzunehmen und in Sicherheit in ihre Vaterländer zurückzukehren.

Das internationale olympische Komitee (IOC) hat vor kurzem eine neue internationale nichtstaatliche Organisation gegründet, das internationale olympische Waffenstillstandszentrum (Tel. 00301-03316136) in enger Kooperation mit Griechenland. Eine Unterschriftensammlung

zur Unterstützung des olympischen Waffenstillstands wurde bei Persönlichkeiten überall in der Welt begonnen und als Signatäre wurden Nelson Mandela, Bill Clinton, der Papst und viele führende internationale Persönlichkeiten gewonnen.

Wir glauben, dass die Organisationen der Veteranen mit Mitgliedern, die im zweiten Weltkrieg gekämpft haben, besser qualifiziert sind als irgendjemand anders ihre Unterstützung auszudrücken, indem sie den gegenwärtig kursierenden Appell des griechischen Präsidenten für einen olympischen Waffenstillstand durch ihre Unterschrift unterstützen.

Wir appellieren an die Mitgliedsverbände, ihre Regierungen aufzufordern, ihre Unterstützung zum Geist der Olympischen Spiele, symbolisiert durch die Förderung des olympischen Waffenstillstands, der das Ideal vom ermutigenden Frieden und internationaler Versöhnung darstellt, zu zeigen.

L. Demetriou, Präsident
Verband der Veteranen des Zweiten Weltkrieges Zypern

Bulgarien: Politische Plattform der Union bulgarischer Antifaschisten (BAS) (Auszüge)

Beschlossen im Dezember 2003, Sofia

Zu Beginn des dritten Millenniums muss die Bewegung bulgarischer Antifaschisten die wichtigste Herausforderung seiner achtjährig Geschichte meistern. Die aktuelle Frage besteht darin zu wissen, ob Antifaschismus in Bulgarien eine politische und soziale Grundlage heute und morgen hat.

Das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts war die Zeit des globalen Angriffes auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene der Rechten und extremen Rechten - sowohl in den fortgeschritten-

sten Ländern als auch in den postkommunistischen Staaten und der Dritten Welt.

In den meisten Länder Osteuropas gehören die Aktionen extremen Rechten zum neuen politischen Tagesgeschehen. Wir glauben, dass Faschismus, Neofaschismus, und der aktuelle Extremismus der Rechten nicht die Frucht des Zufalls sind, dies sind Phänomene weltweiter und globaler Art, die durch die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Vorgänge verursacht wurden, die die Welt in ihrer Gesamtheit betrifft.

Die extreme Rechte glaubt, dass sich die Probleme der Gesellschaft aus der Unzulänglichkeit der demokratischen Ordnung ergeben, was sie dazu veranlasst, die Möglichkeiten der Bürger ihre demokratischen Rechte auszuüben schleichend zu begrenzen, auch solche, die durch die Charta der Menschenrechte anerkannt wurden.

Die momentane Wirklichkeit in Bulgarien beweist, dass die politischen und sozialen Kräfte der Linke sowie die patriotischen und bürgerlichen Kräfte nicht erfolgreich gewesen sind, sich dem wirksam zu widersetzen. Es ist das Gegenteil eingetreten - die Rechte lebt mit der Idee, dass der welthistorische Sieg ihr von Rechts wegen gehört.

Die Union bulgarischer Antifaschisten benötigt eine neue soziale Strategie

Der Antifaschismus in Bulgarien leidet unter einem übertriebenen Schematismus und sogar einem selbstzufriedenen Sektierertum.

Das Problem besteht darin, eine neue antifaschistische Strategie zu entwickeln, die den Bedingungen des XXI Jahrhundert entspricht. Und in der Hauptsache umfasst sie die Konzeption, wie die Organisation die sozialen und geistigen Grundlagen des Neofaschismus und der extremen Rechten bekämpfen kann, gegen jene Faktoren und Tendenzen der gegenwärtigen Welt, die weiterhin die extreme Rechte produzieren

Die BAS muss ihre Organisationsformen überprüfen. Sie darf nicht allein eine Organisation antifaschistischer Veteranen sein, sondern muss offen sein für jene, deren Ziel darin besteht, die Gesellschaft, in der wir leben, zu verändern in Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Vermächtnis.

Antifaschismus heute ist Handeln gegen Neofaschismus.

Antifaschismus heute ist Kampf für Frieden und internationales Recht.

Die BAS lehnt die neoliberale wirtschaftliche Philosophie ab, die sich unserer Ge-

sellschaft als ein Faktor aufgedrängt hat, der anstrebt, die bulgarische Gesellschaft wirtschaftlich zu schwächen, ihr der Rechte zu entziehen und sie in eine zahme und leicht handhabbare Gesellschaft umzuwandeln.

Die BAS ist aufgerufen gegen Geschichtsrevisionismus wachsam zu sein. In Bulgarien zum Beispiel verbirgt man die banale Tatsache, dass von 1941 bis 1944 durch den Willen des Monarchen und seiner Regierungen das Land im Krieg gegen die demokratischen Staaten war - gegen das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Man vernachlässigt und verfälscht die Rolle, die der bulgarische antifaschistische Widerstand während des zweiten Weltkrieges gespielt hat. Man umgeht die Tatsache, dass die Luftstreitkräfte Großbritanniens und der Vereinigten Staaten das Land wegen seiner Pro-Hitler Politik bombardiert haben. Andererseits kann man in den neuen Werken lesen, die die zeitgenössische Geschichte Bulgariens betreffen, - selbst in den Schulbüchern: "1941 - 1944 - die Terroristen vervielfachten ihre Aktionen und die Regierung sah sich gezwungen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihnen entgegenzutreten."

Bulgarien benötigt eine erneuerte und offene antifaschistische Vereinigung, die die Probleme der Stunde wirksam wahrnimmt, und die als erstes das öffentliche Gewissen erweckt und für eine demokratische und antifaschistische Zukunft arbeitet. Wir sind bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die BAS kann zeigen, wie sie sich sein neues Bild dieser Gesellschaft vorstellt. Die gegenwärtige Welt ist nicht die der Rechten, wie es scheint. Sie besitzt noch ein gewaltiges antifaschistisches Potential der Linken.

Bulgarien in den Händen der rückwärtsgewandten Kräfte der Rechten zu lassen, dieses Potential der Linke nicht zu benutzen, dafür hätten wir die Verantwortung zu übernehmen.

Niederlande: AFVN / Bund der Antifaschisten

Unser Verein ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer in der Niederlande (AFVN) / Bund der Antifaschisten hat sich das Ziel gesetzt,

- die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand wach zu halten,
- auf den wieder auflebenden Faschismus (Neofaschismus) hinzuweisen und ihn mit aller Kraft und jeglichen legalen Mitteln zu bekämpfen,
- uns für Frieden einzusetzen, Völkerfreundschaft zu fördern und
- gegen sämtliche Äußerungen von Diskrimination zu streiten.

Jedes Vierteljahr erstellen wir als Verein eine Zeitschrift: „de anti fascist“.

In „de anti fascist“ schreiben wir über Themen, von denen in den bürgerlichen Medien kaum die Rede ist oder die dort verfälscht oder verstümmelt werden, wie z.B. über das Jugoslawien-Tribunal in Den Haag. Dieses Jugoslawien-Tribunal ist ein NATO-Tribunal. Die Niederlande begingen in Jugoslawien im NATO-Rahmen Kriegsverbrechen. Die Niederlande sind auch mitschuldig an den Kriegsverbrechen im Iraq, im ersten und auch im zweiten Golfkrieg.

Unser Verein war Mitbegründer der „Permanente Commissie“ (PC = Ständige Kommission) - und ist immer noch aktiv dabei – zur Überwachung westlicher Kriegsverbrechen. Vor niederländischen Gerichtshöfen ist die PC eingetreten für die Opfer westlicher Kriegsverbrechen, an denen niederländische Politiker Mitschuld tragen. Bis heute sind die damaligen mitschuldigen Politiker - Premierminister Kok und Außenminister van Aartsen - schon als Zeugen von niederländischen Richtern befragt worden. Der ehemalige Verteidigungsminister, Herr de Grave, und die Vorsitzende der „Tweede Kamer“ des niederländischen Parlaments, Frau van Nieuwenhoven, sollen noch vor Gericht geladen werden. Letztere empört sich in dieser Sache vehement über das Verfahren. In dieser Lage greift die PC auf die international anerkannten Regeln des Nürnberger Tribunals zurück. In Nürnberg

wurden die Nazi-Haupttäter zur Rechenschaft gezogen.

Das größte Problem ist, dass die Personen, die von der PC vertreten werden, nicht reich genug sind, die Kosten der Verfahren zu tragen. Leider aber geht die finanzielle Belastbarkeit des AFVN zur Unterstützung dieser politisch sehr wichtigen Verfahren allmählich auch verloren, je mehr ehemalige Widerstandskämpfer - die meisten erhalten eine beträchtliche Rente der Stiftung 1940-1945 – von uns gehen.

Um der wachsenden Überalterung zu entgehen, sucht der AFVN jetzt bewusste junge Mitglieder für den Bund der Antifaschisten.

Aufklärung über die politisch-wirtschaftlichen und ideologischen Hintergründe des Faschismus und Nazismus spielen dabei eine Hauptrolle. Diese Gründe sind nicht an die Zeit gebunden, in der diese zwei verhängnisvollen Strömungen entstanden. Wiederholung ist bestimmt nicht undenkbar, solange die Freundschaft zwischen den Völkern ganz einfach zerstört werden kann. Ein gutes Beispiel ist die ethnische Teilung Jugoslawiens im Rahmen imperialistischer Interessen.

Damit wir nicht stecken bleiben in der Debatte „Wer war schlecht und wer war gut“, sollten sich die Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer umwandeln in Vereinigungen, die in klaren Worten den jungen Leuten erläutern, wie Faschismus (neu) entstehen kann und unter welchen Bedingungen.

Wie kann das geschehen?

Dazu sollte man die Foren der Websites progressiver Jugendvereine benutzen, um dort entsprechende Debatten über Faschismus und dessen politisch-wirtschaftliche Hintergründe zu starten. Und diese Debatten dann leiten und begleiten. Diese Aufgabe nimmt der AFVN im Moment sehr ernst neben der Herausgabe der Zeitschrift „de anti fascist“. Denn um die tieferen Hintergründe zu erfassen, ist eine schriftliche Ausführung unentbehrlich. Die Förderung der Zeitschrift ist über die Internetforen möglich, indem wir auf weitere Informationen im Blatt verweisen.

Erfolgreiche Bilanz des KZ-Verbands/VdA Oberösterreich Namenserweiterung ist Signal an die antifaschistische Jugend!

Eine erfolgreiche Bilanz konnte der KZ-Verband - Landesverband Oberösterreich der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus auf seiner Landeskonferenz am 25. Mai 2004 in Linz ziehen. Die Integration der jüngeren Generationen von AntifaschistInnen in den Verband konnte konsequent fortgesetzt werden.

Traditionell nahm der KZ-Verband OÖ an den zahlreichen Gedenkveranstaltungen und Befreiungsfeiern in Oberösterreich teil. Anlässlich der in letzter Zeit wieder stärker zu Tage kommenden neonazistischen und rechtsextremen Umtriebe in Oberösterreich mahnt der KZ-Verband alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte zur **erhöhten Wachsamkeit**.

Die Tätigkeit im Beirat für die **Opferfürsorge** gestaltet sich nach dem Wechsel des zuständigen Referatsleiters als schwierig. Die Verbürokratisierung und damit Hinauszögerung der Auszahlungen an die Opfer des Faschismus ist für das Land Oberösterreich zutiefst beschämend. Viele Opfer des Faschismus, die ihr Leben im Kampf für ein freies und demokratisches Österreich einsetzten, haben mittlerweile ein beträchtliches Alter, viele befinden sich zudem in einer sozialen Notlage. Der KZ-Verband bietet allen Opfern des Faschismus weitest mögliche Unterstützung bei allen Angelegenheiten bezüglich der Einbringung von Anträgen an die Opferfürsorge an.

Die öffentliche Präsenz des KZ-Verbands wird auch durch den stetigen Ausbau des Angebots auf der Website des KZ-Verbands (<http://www.kzverband-ooe.at>) verstärkt.

Die Landeskonferenz beschloss entsprechend dem Vereinsgesetz 2002 ein

neues Statut und als Zeichen der verstärkten Öffnung hin zu den jüngeren Generationen die Namenserweiterung auf "Landesverband Oberösterreich der AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA OÖ)".

Die Anträge:

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Faschismus wird von der Bundesregierung eine **Ehrengabe** an die Opfer des Faschismus in Höhe von € 3.000 als Anerkennung ihrer Verdienste um die Befreiung verlangt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die **sowjetischen Soldatenfriedhöfe** in Oberösterreich in einen würdigen und ehrenvollen Zustand zu versetzen.

Der Landesvorstand wurde beauftragt, die Errichtung von weiteren geeigneten **Mahnmalen** im ehem. KZ-Mauthausen zu initiieren.

Die Landeskonferenz verabschiedete eine Protesterklärung gegen das **Schandurteil** des lettischen Obersten Gerichts gegen den heute 81-jährigen sowjetischen Partisanen Wassili Kononow.

Ebenfalls verurteilt die Landeskonferenz die Bestrebungen, das Vermögen des ehemaligen **IG-Farben - Konzerns**, der ein Hauptverursacher und Hauptnutznießer von Faschismus und Krieg war und seine Profite auf Kosten von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlinge erwirtschaftete, dem Zugriff der Opfer zu entziehen.

Schließlich forderte die Landeskonferenz ein Ende der fortgesetzten **US-Aggression** im Irak und Afghanistan und ein Ende des gesetzlosen Gefangenenlagers auf Guantanamo.

Nachrichten aus Rumänien.

Im April 2004 traf die rumänische Regierung eine Entscheidung, nach der die rumänischen Freimaurer den Status einer öffentlichen Vereinigung bekamen.

Wir unterstützen nicht jene Verschwörungstheorien, dass die Freimaurer die

Welt „lenken“: nicht Freimaurer "führen die Welt", sondern das Kapital – welches seine gesellschaftlichen Wurzeln in der Ausbeutung der Arbeitskraft, der Akkumulation und der Maximierung von Macht hat. Die Träger des Kapitals organisieren

sich in verschiedenen Verbänden (Klubs, Foren, Arbeitgeberverbänden), nicht nur in Freimaurerlogen, um mächtiger, effizienter in ihrem Einfluss zu sein.

Auch wenn das Freimaurertum in den Anfangsjahren eine positive Rolle im Kampf gegen den Feudalismus und für moderne Werte gespielt hat, hat es heute einen klar negativen Charakter vom Standpunkt der Demokratie:

Unabhängig von der Frage, ob seine Mitglieder die Globalisierung – die neueste Tendenz in der Weltordnung – unterstützen oder nicht, ist das Freimaurertum heute praktisch subversiv für die Demokratie. "Ein spezifisches Freimaurerinteresse" existiert nicht (was sollten diese Interessen sein?) Aber das Freimaurertum erklärt nicht offen, welches seine Ziele sind, es nimmt nicht in der offenen politischen Auseinandersetzung teil, erklärt nicht seine Argumente: Warum sollte also in der heutigen Demokratie solch eine Organisation existieren, wenn nicht für das private Interesse den Einfluss aller seiner Mitglieder im Kontext der privaten Ziele der Machthaber der Welt zu erhöhen?

Warum ist damit das rumänische Freimaurertum eine Organisation des öffentlichen Interesses? Die Entscheidung der Regierung ist tief antidemokratisch: es gibt einer elitären und privaten Organisation öffentliche Gelder, gewährt öffentliche Dienste an eine private Organisation praktisch ohne Kontrolle der Öffentlichkeit, und erklärt vor dieser nicht, was die Gründe sind (die Nutzen für die rumänische Gesellschaft), die die Regierung dazu bevollmächtigte, diese Entscheidung zu treffen. Es ist auch bedeutsam, dass nicht das Parlament sondern nur die Regierung die Möglichkeit hatte, diesen Status einer öffentlichen Körperschaft zu erörtern und möglicherweise zu verleihen. Die Entscheidung wurde nur in wenigen Zeitungen (nicht im

Fernsehen) bekannt gegeben und unsere "Zivilgesellschaft" nahm diese Neuheit mit absoluter Stille auf.

Zur gleichen Zeit wurde das Anliegen des Verbandes der Antifaschisten Rumäniens, ebenfalls als öffentliche Vereinigung anerkannt zu werden, abgelehnt. Mit den Beiträgen von unseren Mitgliedern, die weniger werden, versuchen wir Widerstand zu leisten gegen alle Arten der Diskriminierung und für Demokratie und Frieden einzutreten. (In Rumänien ist die demokratische Zivilgesellschaft schwach, und wir sind leider eine Ausnahme). Unsere Zeitung Tribuna antifascista, die von der äußersten Rechten verflucht und von den offiziellen Demokraten ignoriert wird, (die Verschwörung der Stille, ist dies so fremd für Sie?), wird unter großen Schwierigkeiten und Opfern herausgebracht.

Ich muss das erwähnen: Während die früheren rumänischen Faschisten – Legionari - mit den Kriegsveteranen verbunden sind und bedeutsame Privilegien haben, werden die wenige - etwa 250 überlebende Antifaschisten ihres einzigen Rechts, das sie hatten, beraubt: Die Befreiung von den Kosten für Medizin.

Könnte die FIR die EU und die UNESCO über die schwache und widersprüchliche Art informieren, wie die rumänische Regierung die demokratischen Verbände behandelt? Nachdem wir alle demokratischen Aktivitäten in Richtung der innenpolitischen Strukturen beendet haben, hoffen wir, dass der äußere Einfluss möglicherweise hilfreich wäre. Die FIR könnte fragen, ob alle die nationalen Organisationen öffentliche Vereinigungen werden, die es z.B. in Frankreich schon seit Jahren sind.

Ana Bazac

Russland: Die Arbeit des Komitees der Kriegsveteranen

Ende 2003 fand unter der Leitung von Armeegeneral Wlaimir Goworow (Vorsitzender des russischen Komitees der Kriegsveteranen) in St. Petersburg ein Treffen mit mehr als 100 Vertretern der regionalen Komitees aus 70 Regionen und einigen Jugendorganisationen statt. Gleichzeitig fand auch ein Seminar mit jungen Leuten statt, auf dem unter ande-

ren auch der Präsident des Weltfrontkämpferverbandes (FMAC), Herr Abdul Hamid Ibrahim aufgetreten ist.

Auf der Beratung wurde die Arbeitsplanung für das Jahr 2004 debattiert, von der einiges bereits verwirklicht wurde:

1) Im März 2004 wurde in Sotschi ein Seminar zur Beratung durchgeführt, an dem etwa 60 Personen, Vertreter der südlichen

Regionen des Komitees und Repräsentanten der Administration teilgenommen haben.

2) Im September 2004 folgt ein weiteres Seminar mit Vertretern der zentralen Regionen.

In beiden Beratungen stehen Fragen der sozialen Probleme der Veteranen, die Zusammenarbeit mit den jungen Generationen und die Feierlichkeiten des bevorstehenden 60. Jahrestages des Sieges im Mittelpunkt.

Das Präsidium des russischen Komitees der Kriegsveteranen wird sich auf seinen vier für dieses Jahr geplanten Sitzungen mit folgenden Problemen beschäftigen:

- a) Über die Erziehung der Jugend
- b) Die dauerhafte Sicherung des Andenkens der im großen Vaterländischen Krieg gefallenen Soldaten
- c) die Zusammenarbeit mit der jungen Generation auf dem Gebiet des gemeinsamen Kampfes gegen neonazistische und fremdenfeindliche Aktivitäten.

Außerdem werden in diesem Jahr zwei Treffen organisiert, auf denen Kriegsveteranen, Vertreter von Jugendorganisationen und Vertreter des Ministeriums für Ausbildung und Wissenschaft zusammenkommen werden.

Zudem sollen noch verschiedene Treffen und Beratungen speziell zu den sozialen und rechtlichen Problemen der Kriegsveteranen organisiert werden.

Es ist geplant, dass die leitenden Mitglieder des Komitees im Jahr 2004 die Städte Murmansk, Nishni Nowgorod, Tambow, Smolensk und Iwanowo besuchen, um dort die aktuellen Probleme der Veteranen in den Provinzen zu besprechen.

Grundlage dafür ist ein Brief des Kameraden Goworow an die Regierung (veröffentlicht in der Nr. 2, März-April, der Zeitschrift „Kriegsveteran“), in welchem er einige Vorschläge unterbreitet:

1. Er schlägt vor, dass Kriegsinvalide zwei Renten erhalten sollen, eine für ihre Teilnahme in den Streitkräften (1941–45) und eine für ihre Tätigkeit auf dem zivilen Gebiet.
2. Kriegsveteranen sollen zu 100% von den Kosten für das Wohnen, das Telefon und andere soziale Dinge befreit werden.
3. Kriegsveteranen, die keine eigene Wohnung haben, soll eine zur Verfügung gestellt werden bzw. ihnen sollen Mittel zum Erwerb einer solchen Wohnung gegeben werden.
4. Kriegsveteranen sollen alle Medikamente und medizinischen Materialien in den Kliniken, in denen sie behandelt werden, kostenfrei bekommen.
5. Die Veteranenvereinigungen sollen von der Pacht für den Boden, auf denen sich ihre Büros befinden, befreit werden.

Ilja Kremer

Gedenken der Befreiung Ungarns

Aus Anlass des 59. Jahrestages der Befreiung Ungarns fand am 4. April 2004 im ungarischen Parlament eine Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung statt. Der Präsident der ungarischen Föderation der Widerstandskämpfer und Antifaschisten (MEASZ), Vilmos Hanti, hielt in diesem Zusammenhang folgende kurze Ansprache:

"Liebe Freunde!

Was bedeutet die Befreiung von Ungarn?

1. Die Befreiung von den Schrecken des zweiten Weltkriegs: Befreiung von der Tatsache, dass unser Land nie solch einen Verlust erlitten hat. Eine Million ungarische Menschen kamen ums Leben! Der Name "Ungar" wurde von der Mehrheit der Menschen in Europa und der Welt gehasst. Jede Ungarin und

jeder Ungar erlitten die Schrecken des Krieges, Bombenangriffe und Straßenkämpfe. Familienmitglieder, Verwandte wurden getötet, Häuser, Wohnungen, Arbeitsstellen von einem großen Teil unserer Landsleute waren zerstört.

2. Die Befreiung von der faschistischen Okkupation: Befreiung vom Faschismus, der aus unserem Vaterland einen Partner, einen Verbündeten bei fürchterlichen Verbrechen und beim Massenmord gemacht hatte. Was wäre aus den neuen Generationen der Jugend geworden, wäre dem kein Ende gemacht worden.

Liebe Freunde!

Wenn wir unsere Befreiung feiern, grüßen wir die Menschen, deren Söhne ihr Leben für den Frieden in unserem Land opferten.

Zuallererst schulden wir Dank und Dankbarkeit gegenüber den Völkern der früheren Sowjetunion. Gleichzeitig und mit wirklichem Stolz grüßen wir auch die Helden, die ungarischen Widerstandskämpfer, die - obwohl nicht in einer sehr bedeutsamen Zahl - gegen den vorherrschenden offiziellen Trend aufstehend, vielen von ihnen ihr Leben opfernd gegen den Nazismus auf der Seite der antifaschistischen Koalition gekämpft haben. An diesem Tag denken wir gerade an sie.

Wir gedenken auch der ungarischen Soldaten, der Opfer, die von einer un-

menschlichen nazifreundlichen ungarischen Staatsmacht in den Krieg getrieben wurden und dort umkamen.

Wir erinnern der Opfer unter den Juden sowie den Sinti und Roma, als auch der Opfer unter der wehrlosen Bevölkerung. Fast eine Million Landsleute von uns!

Wir wollen uns verneigen vor allen umgekommenen Ungarn.“

Budapest, , 4. April 2004



Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider,
Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D- 10243 Berlin
Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung: Postbank Frankfurt/Main (BLZ 50010060), Kontonummer: 543773600
Kontoinhaber: VVN - BdA, **Stichwort:** FIR - Beitrag

Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben.